Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Zusatz und Zuthaten.
Beste Kindernahrung.
Als Kaffeezusatz billig und bequem.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Tieckstr. 12 Fernsprech-Amt II, 2100. Mehrjährige Garantie. Kostenfreie Probe. 8 Mal prämiirt, 80,000 St. in Function
Geräuschlose Thürschliesser m. dopp. Luftentleerung, gewalt. Schliessen schadlos.
Jumpelt's EAU DE QUININE. Vorzügliches Kopfwasser zur rationellen Pflege der Kopf- u. Barthaares.
Tapeten. Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14. Tapeten.
MATTONI's GIESSHÜBLER stärkster alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh. HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen Garten-Schläuche Grosses Lager. — Wiederkäufer mit Rabatt. Reinhardt Leupolt, Wettinerstr. 26. Gummi-Fabrik. * Telephon 289.
Tuchwaaren. Deutsche und englische Tuche, Buckskins, Kammgarne und Cheviots in nur soliden und farbechten Qualitäten zu billigen Preisen empfehlen Pörschel & Schneider 19 Scheffelstrasse 19. Mustersendungen franco.

Nr. 83. Spiegel: Italienische Kammerverhandlungen. Hofnachrichten. Landtag. Landwirthschaftlicher Kreditverein. Amtliche Bekanntmachungen. Gerichtsverhandlungen. Concert der Gewerbehauskapelle. Plaudertasche. | Muthmaßliche Witterung: Wolkenlos, warm. | Dienstag, 24. März.

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

zweite Vierteljahr 1896

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

In der italienischen Kammer ist es in der Sonnabendsitzung, die mit einer starken Vertrauenskundgebung für das Kabinet Rudini endete, zum Theil heiß, zum Theil hoch hergegangen. Zunächst gab es ein scharfes Redegefecht zwischen dem Deputirten Barzilai und dem verflossenen Kriegsminister Mocenni, dem von Barzilai in's Gesicht gesagt wurde, er habe ihm, Barzilai, persönlich sein Leid darüber geklagt, daß er die Abberufung des Generals Baratieri nach der für die Italiener unglücklichen Schlacht bei Amba-Alagi nicht durchsetzen konnte. General Mocenni leugnete jede Aeußerung dieser Art rundweg ab und Barzilai erklärte ihn darauf ebenso rundweg für einen Lügner. Der ob dieses Zwischenfalles ausgebrochene Tumult hätte beinahe eine Vertagung der Sitzung nöthig gemacht. Im letzten Augenblicke aber siegte die Selbstzucht der Kammer angesichts der Wichtigkeit der noch bevorstehenden Berathung und die Wasser verliefen sich ebenso schnell wie sie gekommen waren. Freilich hatte die Sache das übliche Nachspiel. General Mocenni schickte dem Beleidiger nach der Sitzung seine Zeugen und schlug sich mit ihm auf Säbel ohne Binden und Bandagen, also ein sehr ernstes Renkontre, bei dem der zungenfertige Herr Barzilai von Glück sagen kann, daß er mit einer einfachen Tiefquart weggekommen ist. Nach dieser ersten stürmischen Unterbrechung des Verlaufs der Debatte wurde mehrere Stunden lang von verschiedenen Rednern der Gegenstand der Tagesordnung, der Gesetzentwurf über den für Afrika zu bewilligenden Kredit behandelt. Während dieser Zeit herrschte auf allen Seiten eine ungewöhnliche Ermüdung, die erst einer allgemeinen Heiterkeit und Aufregung wich, als plötzlich mit dem Eintritt eines — schwarzen Katers in den Saal derjenige Theil der Sitzung begann, während dessen es „hoch" herging. Der Anblick des schwarzen Katers ließ die Deputirten Alles, was sie sonst trennt, vergessen. Die Rechte und die Linke vereinigten sich in der Jagd auf den Eindringling, der in jähen Sprüngen über die Bänke setzte, hier ein Tintenfaß umwarf, dort ein Konzept in Verwirrung brachte und sogar den Tisch des Hauses nicht verschonte. Endlich retirirte sich der Kater unter den Stuhl des Ministerpräsidenten, offenbar in dem Glauben, daß er dort sich auf neutralem Gebiet befände. Selbst dorthin aber stürzten ihm seine unerbittlichen Verfolger nach, zogen ihn unter allseitigem Gejohle hervor und spedirten das jauchende Thier aus dem Saale hinaus, wobei es natürlich manche Biß- und Kratzwunde absetzte.

Nach diesem auffrischenden Intermezzo hatte die Kammer wieder soviel Kraft gewonnen, um weitere sechs Redner anzuhören. Mittlerweile war es halb 8 Uhr Abends geworden und nunmehr gelang es dem Kriegsminister und dem Ministerpräsidenten, noch in letzter Stunde die Aufmerksamkeit des Hauses durch ihre Ausführungen zu fesseln. Der Kriegsminister General Ricotti vertheidigte in wärmster Weise die Tapferkeit und Pflichttreue der in Afrika gefallenen italienischen Soldaten. Auf Grund der zu seiner Kenntniß gelangten Thatsachen und Einzelheiten vor, während und nach der Schlacht bei Adua erklärte der Kriegsminister mit großem Nachdruck, es gebe kaum ein europäisches Heer, das ein ähnliches Ruhmesblatt in seiner Geschichte aufweisen könne, und erntete mit dieser Versicherung den stürmischen Beifall der Kammer. Nach dem Kriegsminister entwickelte Ministerpräsident Rudini nochmals in längerer Rede die leitenden Grundsätze seiner Politik. Bei der Besprechung der inneren Lage wendete sich der Ministerpräsident mit großer Schärfe, die lebhafte Befriedigung hervorrief, gegen die Sozialisten, die er nicht im Zweifel darüber ließ, daß jede Abweichung ihrerseits von dem Boden des Gesetzes den nachdrücklichsten Gebrauch der staatlichen Machtmittel gegen die sozialistische Bewegung zur Folge haben würde. Im Uebrigen aber bekannte sich Herr von Rudini zu einer Uebereinstimmung in den Anschauungen mit einem Theil der äußersten Linken insoweit, als die Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten in Frage komme. Trotzdem sei er aber nicht gewillt, auch nur den kleinsten Theil seiner konservativen Prinzipien und Ideale zu opfern. Dieses Passus der Rudini'schen Rede fand besonderen Anklang, sodaß zu hoffen steht, es werde sich bei beiderseitigem guten Willen aus der Annäherung zwischen rechts und links ein Verhältniß herausbilden lassen, das der inneren Reorganisation des Landes wahrhaft förderlich sein kann. Die Absichten der Regierung in der afrikanischen Politik erläuterte der Ministerpräsident dahin, daß der Friede mit Abessinien noch nicht geschlossen sei, sondern daß die Verhandlungen noch schwebten. Wie aber auch der Ausgang der Verhandlungen sein möge, er denke unter keinen Umständen daran, Tigre (den nördlichen Theil Abessiniens) zu erobern. Damit ist die beruhigende Feststellung gegeben, daß das Kabinet Rudini sich in jedem Falle einer abenteuerlichen Eroberungspolitik in Afrika enthalten wird.

Von besonderer Wichtigkeit waren die Erklärungen Rudini's bezüglich der Stellung Italiens gegenüber England. Der Marchese sagte über diesen Punkt, die traditionelle Freundschaft mit England vervollständige das System der italienischen Allianzen. Er wisse die durch Gefühle und durch das Interesse Italiens bedingte Freundschaft ihrem vollen Werthe nach zu schätzen, und man sei weit entfernt davon, die Aufrichtigkeit und Herzlichkeit der jüngsten Sympathie-Kundgebungen der englischen Regierung und des englischen Parlaments in Zweifel zu ziehen. Um sie zu erwiedern, habe die Regierung sich beeilt, ihre Zustimmung zur Verwendung der Fonds der egyptischen Staatsschuldenkasse für die Expedition nach Dongola zu ertheilen. Gerade diese Ausführungen über das italienisch-englische Verhältniß sind es, die in Deutschland das meiste Interesse beanspruchen vom Standpunkt der Dreibundspolitik. Bei der Beurtheilung der Frage unter dem Gesichtspunkt der deutschen Interessen muß eine eigenthümliche Erscheinung berücksichtigt werden, die erst in allerjüngster Zeit sich bemerkbar gemacht hat, und deren Ausgangspunkte in Wien und Budapest liegen. Ein Theil der österreichisch-ungarischen Presse ist nämlich neuerdings eifrig bemüht, die Zustimmung Deutschlands zu der Verwendung eines Theils der egyptischen Kassenbestände für die Zwecke der englischen Nilexpedition dahin auszubeuten, daß der Schritt der deutschen Diplomatie nicht sowohl eine Gefälligkeit gegen Italien darstelle, als vielmehr die offizielle Wiederbesiegelung einer deutsch-englischen Interessengemeinschaft in allen großen internationalen Fragen (!) sei. Die darin liegende Verdrehung der Thatsachen ist so einleuchtend, daß sie für das deutsche Publikum nicht erst einer Kennzeichnung bedarf. Man wird auch darüber in einsichtigen deutschen Kreisen nicht im Zweifel sein, daß derartige Preßtreibereien unter direktem englischem Einfluß stehen. Ein angesehenes Berliner Blatt meint, es wäre interessant zu erfahren, wieviel England sich jene Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Oesterreich-Ungarn kosten lasse. Die Haltung der österreichischen Regierung ist zwar durchaus korrekt. Auch der verständigere Theil der österreichischen Presse ist von der Blässe des österreichisch-englischen Freundschaftsgedankens keineswegs angekränkelt. Immerhin liegt aber eine gewisse Gefahr für die Zukunft darin, wenn die jetzige Bewegung weiteren Boden in der öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns gewinnen sollte. Es würde dann allmählich in den betheiligten Kreisen der verhängnißvolle Irrthum Platz greifen können, daß Deutschland lediglich der Vollstrecker der englisch-österreichischen Interessen sei. Schon jetzt scheint auf Seiten unserer österreichischen Bundesgenossen eine gewisse Neigung vorhanden zu sein, die überseeischen deutschen Interessen als quantité négligeable zu behandeln und das Bundesverhältniß auf politische Ziele auszudehnen, die außerhalb des engeren Bündnißzweckes liegen. Dagegen aber hat sich Fürst Bismarck von jeher verwahrt und es ist ganz in seinem Sinne, wenn jetzt das vorgedachte Berliner Blatt Anlaß nimmt, Oesterreich-Ungarn die freundschaftliche Warnung zu ertheilen, „es möge zusehen, daß das gute, feste Fahrzeug des deutsch-österreichischen Bündnisses nicht an einem englischen Riff zerschelle."

Vielleicht wird die plötzliche krampfhafte Freundschaft für England, die in Oesterreich-Ungarn zur Erscheinung kommt, in ihren Motiven theilweise verständlich, wenn man folgenden Erguß eines dortigen Blattes liest: „Würde England wirklich zu Boden geworfen, dann wäre es um die Freiheit, um den Fortschritt, um das Wohl der Millionen und Millionen in Europa auf Jahrhunderte (!) hinaus geschehen. Junker, Agrarier, Antisemiten und wie alle diese Verkörperungen von Unwissenheit, Rohheit, Egoismus und Rückschritt sonst heißen, würden triumphiren und die Weltuhr ganz und dauernd zurückstellen." Nun, ganz so schlimm dürfte die Sache doch wohl nicht werden. Für die deutsche auswärtige Politik aber können solche Offenbarungen nur ein erneuter Ansporn sein, nach allen Seiten stets auf dem Posten zu sein gegen etwaige Ueberraschungen aus dem englischen Hinterhalt her. Deshalb werden auch die Erklärungen des Marchese di Rudini im italienischen Parlament über das italienisch-englische Verhältniß bei uns ein Gegenstand besonderer Beachtung sein müssen. Nicht, als ob im Zusammenhang damit irgend ein auch noch so entferntes Mißtrauen gegen unsere getreuen italienischen Bundesgenossen ausgesprochen werden sollte, sondern lediglich in dem Sinne, daß jede Andeutung, Deutschland habe sich in der egyptischen Frage von irgend einem anderen Beweggrund als von der Bündnißtreue gegenüber Italien leiten lassen, diesseits mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Im Uebrigen steht es Italien so gut wie Oesterreich-Ungarn frei, sich mit England in jedes Einvernehmen zu setzen, das die Interessen der beiden Länder wirklich oder vermeintlich erfordern. Deutscherseits muß nur unter allen Umständen an der Auffassung festgehalten werden, daß derartige Separatabmachungen den Inhalt des Dreibundvertrages in keiner Weise beeinflussen können. Alle Konsequenzen, die sich für unsere beiden Bundesgenossen aus der englischen „Freundschaft" ergeben sollten, würden sie ganz allein zu tragen haben. Aus diesem Grunde dürfte wohl nach beiden Seiten der bundesfreundliche Rath angebracht erscheinen, daß man sowohl in Oesterreich-Ungarn wie in Italien die englische Freundschaft mit weiser Vorsicht und Mäßigung genießen möge.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. März.

Berlin. Reichstag. Eingegangen ist die Vorlage, betreffend Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung. Dieselbe deckt sich mit dem Antrag Lieber insofern, als die Hälfte der Ueberschüsse der Ueberweisungen von 1885/95 und 96/97, nicht aber von 91/95 dem Reiche verbleiben soll. — Präsident v. Buol läßt zunächst nachstehendes Telegramm aus Eisenach verlesen: „Die Theilnehmer der hier zur 25jährigen Jubelfeier des Reiches veranstalteten Festspiele bringen dem deutschen Reichstag ein donnerndes Hoch. — Auf der Tagesordnung steht die 3. Lesung des Etats, sowie die neue Vorlage. — Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Alle Versuche zu einer Finanzreform seien im Reiche gescheitert und man sei dabei im Reichstage nicht sparsam gewesen. Der Antrag Lieber, wie er jetzt auch in der Vorlage enthalten sei, sei weiter nichts als eine Spielerei mit Zahlen. Die Regierungen seien den agrarischen Wünschen gegenüber immer nur bereit zu Worten, aber nicht zu Thaten. Unsere leitenden Kreise seien sich des Ernstes der Situation nicht klar. — Abg. Barth (freis. Vereinigung) kommt auf die Währungsfrage zu sprechen. Die Verhandlungen am 17. März im englischen Unterhause hätten alle Hoffnungen der Bimetallisten vernichten müssen, der Gedanke, daß die englische Regierung sich auf den Bimetallismus einlassen könne, müsse darnach gänzlich aufgegeben werden. — Schatzsekretär Graf Posadowsky begründet den Gesetzentwurf über die Schuldentilgung. Die Minderheit der verbündeten Regierungen hätte außer den formellen Bedenken gegen die Regelung im Etatgesetz auch sachliche Bedenken, da doch die Einzelstaaten ein begründetes Recht auf die Ueberweisungen in ihrer vollen Höhe haben. Sie haben ihre Bedenken fallen lassen, jedoch nur in der Voraussetzung, daß es sich hierbei nur um einen ersten Schritt handelt zu der endlichen organischen Regelung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten. Als Hauptgedanke muß dabei zum Ausdruck kommen, daß auch die Einzelstaaten gegen wechselnde Ansprüche des Reiches gesichert werden müssen. Hätten die verbündeten Regierungen nicht das Vertrauen zu dem Reichstag, daß diese Voraussetzungen in Erfüllung gehen, so würden sie sich auch um den Preis eines niedrigeren Ausgleiches nicht zu dieser Vorlage bestimmt gesehen haben. Diesen Erklärungen des Bundesrathes füge ich noch hinzu, daß sich die Vorlage bis auf das Jahr 1891/95 völlig mit dem Antrag Lieber deckt. — Abg. Bachem (Centr.): Wenn der Reichstag sich zur Annahme dieser Vorlage entschließe, so zeige auch er ein großes Entgegenkommen, indem er auf die halben Ueberschüsse von 1891/95 verzichte. Wir stimmen der Vorlage zu, ohne uns auf die Voraussetzung des Bundesraths festzulegen. — Abg. v. Kardorff (Rp.): giebt zu, daß der 17. März den Bimetallisten eine große Enttäuschung bereitet habe, deshalb bleibe aber die Regelung der Währungsfrage doch eine Lebensfrage für Deutschland und seine Landwirthschaft. — Abg. Hammacher (nl.) bestreitet das. Viele Landwirthe ließen sich in dieser Frage überhaupt nur durch ein dunkles Gefühl, nicht aber durch Kopf und Verstand leiten, weil in der That die Landwirthschaft schwer leide. Was den vorliegenden Gesetzentwurf anlange, so seien wir durch denselben aus einer schwierigen Lage in würdiger Weise herausgebracht worden. Seine Freunde würden die Vorlage bereitwillig annehmen. — Abg. Richter (freis. Vp.) schließt sich gegenüber der Voraussetzung des Schatzsekretärs in Bezug auf die Vorlage der Verwahrung Bachem's durchaus an. — In der Spezialberathung beantragt beim Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet Abg. Prinz Arenberg den Posten von 25,000 Mk. für einen ständigen Vertreter des Gouverneurs als „künftig wegfallend" zu bezeichnen. — Dir. Kayser theilt mit, daß voraussichtlich noch in dieser Session eine Vorlage, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Schutztruppe dem Reichstag zugehen werde. — Nach kurzer Debatte, in deren Verlauf auf Anfrage des Abg. Hasse Dir. Kayser noch erklärt, daß sich in dem Gerichtsstand der Deutschen in Sansibar und Witu durch den Uebergang des Protektorats auf England nichts geändert habe, wird der Antrag Arenberg einstimmig angenommen. — Beim Etat des Reichsamts des Innern frägt Abg. Hüpeden (schriftl.-soz.) an, was geschehen sei oder geschehen solle behufs stärkeren Schutzes der Arbeiterinnen gegen unsittlichen Mißbrauch durch die Dienstherren, ferner behufs besserer Organisation der Arbeiterinnen und gesetzlicher Anerkennung der Berufsvereine ꝛc. — Staatssekretär v. Bötticher: Was den ersten Punkt anlangt, so nehme ich an, daß die Absicht der Regierung, die lex Heinze wieder einzubringen, nicht aufgegeben ist. In dieser Session ist aber der Reichstag zu sehr belastet. Mit der Frage der Berufsvereine hat sich der Bundesrath noch nicht befaßt, ich könnte also nur meine persönliche Ansicht aussprechen. — Abg. v. Stumm (Rp.) verwahrt sich dagegen, prinzipiell Gegner des Korporationsrechts der Arbeiter zu sein, aber an die Spitze der Berufsvereine würden sich, wenn man ihnen Korporationsrechte gebe, doch nur Volksverführer stellen und Unfrieden säen. — Abg. Worm (Soz.): Sollen denn etwa nur Volksausbeuter das Recht haben sich an die Spitze von Berufsvereinen zu stellen? — Abg. Hitze (Centr.) erklärt sich Namens des Centrums für gesetzliches Anerkennen der Berufsvereine. — Eine vom Abg. Sachße (d.-kons.) beantragte Resolution will Einstellung von 50,000 Mk. in den nächsten Etat zur Unterstützung von Handwerkerschulen. — Abg. Irthen (Centr.) erhebt den formellen Einwand, das sei nicht Sache des Reichs, sondern der Einzelstaaten. — Staatssekretär v. Bötticher stellt fest, das Reich habe dergleichen Unterstützungen thatsächlich schon gewährt. Die Resolution wird abgelehnt. — Bei Kapitel „Behörde für Untersuchung von Seeunfällen bleibt Abg. Metzger (Soz.) bei seiner früheren Behauptung stehen, daß die Ausrüstung der Schiffe vielfach ungenügend sei und daß die Mannschaft nicht ausreichend seemännisch ausgebildet sei. Er erwähnt u. A. das bekannte Telegramm, durch welches der Reichskommissar der „Havel" eine Inspektion des Tages zuvor ankündigte. — Staatssekretär v. Bötticher erwiderte: Die gleich nach der 2. Etatlesung von ihm eingeforderten Berichte der Auswanderungskommissare widersprächen den Angaben des Vorredners über mangelhafte Ausrüstung und Bemannung. Ebenso habe der Reichskommissar sich günstig über die Handhabung der Boote ꝛc. ausgesprochen. Was jenes Telegramm anlange, so sei bei Inspektion eines Fabrikbetriebes und bei der Inspektion eines zur

Wein-Grosshandlung Heinrich Grell Wein-Restaurant Zahnstrasse 2 mit feinster Küche